

Infobogen 14.3.2.8 Die Verfolgung „Andersdenkender“

„Wir sind wie Gefangene in einem großen Zuchthaus. Zu rebellieren wäre genauso Selbstmord, als wenn Gefangene sich gegen ihre schwerbewaffneten Aufseher erheben würden.“ (Wilhelm Leuschner, Gewerkschafter und Sozialdemokrat, 20. August 1939 in: Die Zeit, Nr. 30, 20. Juli 1984)

Die Verfolgung politisch Andersdenkender durch Nationalsozialisten fand auch schon vor der Machtübernahme 1933 statt. Insbesondere die SA-Trupps lieferten sich schon zu Beginn der 1930er Jahre häufig Straßenkämpfe mit Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern (→ **Infobogen 14.2.2.4**). Nach der Machtübernahme wurden sowohl die politischen Organisationen als auch Gewerkschaften gezielt ausgeschaltet. Dabei begnügten sich die Nazis nicht alleine



mit der Zerschlagung der Organisationsstrukturen, sondern gingen auch gezielt gegen Personen vor. Am 16. Mai 1933 veranstalteten die Nationalsozialisten z.B. eine von ihnen so genannte Schaufahrt, bei der sieben führende Sozialdemokraten auf offenem Polizeilastwagen quer durch Karlsruhe gefahren wurden und danach ins neu eingerichtete KZ Kislau eingeliefert wurden.“ Zu ihnen gehörten u.a. August Furrer, der Redakteur der

Karlsruher SPD-Zeitung "Volksfreund", Sally Grünebaum, der Führer der Eisernen Front, Gustav Heller, der Reichstagsabgeordnete, ehemalige badische Staatsrat und Landtagsabgeordnete, Ludwig Marum, der ehemalige badische Minister, Staatspräsident und der Landtagsabgeordnete Adam Remmele sowie der Führer des Reichsbanners Erwin Sammet. Traf es zuerst die Sozialdemokraten und Kommunisten, so folgten alsbald auch die liberalen und konservativen Vereinigungen, sofern sie sich nicht freiwillig auflösten und in die NSDAP-Organisationen überliefen.

Gezielt wurde zuerst die Organisationsfähigkeit der politischen Gegner zerstört um eventuellen größeren Widerstand gleich im Keime zu ersticken, was leider auch schnell gelang. Mit der Durchdringung der Nazis in alle Bereiche des Lebens und die umfassende Bespitzelung wurde bei denjenigen, die noch kritisch der Naziideologie gegenüberstanden, eine ständige Angst verbreitet.

Aufgrund der Bespitzelung von allen Seiten war die Angst groß, denn überall – in der Familie, in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz – gab es überzeugte Nazis, die einen häufig schon wegen eines unbedachten Wortes bei der zuständigen Stelle meldeten.

Die Unsicherheit und Angst begannen schon zuhause mit der ständigen Existenzangst, denn die wirtschaftlichen Verhältnisse waren infolge der Arbeitslosigkeit zunächst miserabel. Man hatte Angst vor dem Krieg, davor, dass

Familienangehörige und Freunde ums Leben kommen könnten. Angst vor Luftangriffen in Kellern und Bunkern. Angst vor der eigenen Umgebung, weil man kaum einem trauen konnte. Angst vor Verhaftung und Strafen in Gefängnissen, Arbeitslagern und Konzentrationslagern aus nichtigen Gründen.

Dazu berichtet Gertrud März, die während des Dritten Reiches in Grötzingen wohnte und deren Familie zu den SPD-Anhängern zählte:

„Man hat so oft Angst gehabt, das glaubt man heut gar nicht. Jedes hat also um sein Leben Angst gehabt und hat dann gesagt: Ja, was ist? Wenn ich jetzt fortkomm, wenn die dich fortnehmen, da ist meine Frau da, meine Kinder, da ist kein Ernährer da ... Also ich denk, dass man das heut nicht begreifen kann, warum jetzt alles resigniert und nichts unternommen hat. Wenn man da so mitgemacht hat

Bezeichnend für die damalige Situation war auch die folgende Episode: Toni Peter Kleinhans, ehemaliger Redakteur beim Kulturreferat der Stadt Karlsruhe, schrieb während des Dritten Reiches bei einer Filmgesellschaft in München Drehbücher. Er berichtete darüber, dass in bestimmten Abständen Anweisungen der Reichsfilmkammer gekommen seien, die beinhalteten, was gerade wieder im Deutschen Film verboten sei. Daraufhin bemerkte Herr Kleinhans eines Tages, dass man viel Papier und Porto sparen könnte, wenn man eine Briefmarke nähme und das Erlaubte auf deren Rückseite festhielte. Wegen dieser Äußerung wurde er von der Gestapo verhaftet und musste fünf Tage im Gefängnis verbringen.

Ausschaltung politisch Andersdenkender

Die Verfolgung politisch Andersdenkender erfolgte schon bald jenseits rechtsstaatlicher Normen. Der Staatsterror unterdrückte oppositionelle Meinungen und Gruppierungen nachhaltig. Ein Netz von Konzentrationslagern wurde eingerichtet, so am 22. März 1933 das Konzentrationslager Dachau. Es hatte Modellcharakter für alle späteren Konzentrationslager und wurde von der SS geführt.

Am 30. Juni 1934 und den Folgetagen entledigte sich Hitler unter dem Stichwort „Röhm-Putsch“ in einer Mordaktion unliebsamer politischer Akteure. Unter den Hingerichteten waren der SA-Führer Ernst Röhm und der ehemalige Reichskanzler Kurt von Schleicher. Der „Röhm-Putsch“ sorgte dafür, dass auch innerhalb der NS-Bewegung jedwede interne Oppositionshaltung gegenüber Hitler erlosch.

Als am 2. August 1934 Reichspräsident von Hindenburg starb, war schließlich die letzte politische Autorität abgetreten, die aufgrund ihres Amtes als Korrektiv zur NS-Politik fungieren konnte. Lediglich die Reichswehr bot oppositionellen Kräften noch einen Wirkungskreis innerhalb des Staatsapparates. Aufgrund der anfänglichen spektakulären Erfolge des NS-Regimes und der damit verbundenen steigenden Zustimmung durch weite Teile der Bevölkerung wurde es jedoch schwer für warnende Stimmen, sich Gehör zu verschaffen.